



WIRTSCHAFT UND STAAT IN RUSSLAND OSTEUROPA IM BERTELSMANN TRANSFORMATION INDEX

■ Analyse		
	Das „System Putin“ – Die Schwächen des starken Staates. Thomas Welsch, Marburg	2
■ Grafiken zum Text		
	Wirtschaftsdaten Russland	5
	Die konstituierenden und regulierenden Prinzipien einer Wettbewerbsordnung nach Walter Eucken	6
■ Dokumentation		
	Weltbank: Bericht zur russischen Wirtschaft. November 2005 (Auszug)	6
	Die russische Wirtschaft im September 2005: Makroökonomische Kennziffern	8
■ Umfrage		
	Russische Unternehmer in der öffentlichen Meinung	10
<hr/>		
■ Rating		
	Der „Bertelsmann Transformation Index“. Thomas Welsch, Marburg	11
	Region Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und Mongolei: Einzelergebnisse	12
	Status-Index 2006	13
	Management-Index 2006	15
<hr/>		
■ Chronik		
	Vom 3. bis zum 10. November 2005	16
■ Lesehinweis		
	Abstracts der Artikel mit Russlandbezug in Osteuropa 10/2005	17

Analyse

Das „System Putin“ – Die Schwächen des starken Staates

Thomas Welsch, Marburg

Zusammenfassung

Russland steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Positive makroökonomische Daten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wirtschaft und Gesellschaft mit schwer zu lösenden Problemen konfrontiert sind. Der Erfolg wird abhängen vom Willen und der Fähigkeit der Führung, dem Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlich-demokratischen Ordnung dauerhaft die notwendigen Taten folgen zu lassen.

Die makroökonomischen Daten sind gut

In der Mitte der zweiten Amtszeit des russischen Präsidenten Wladimir Putin glänzen die makroökonomischen Daten Russlands in strahlendem Licht: über 5% Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) 2005, rund 7% im vergangenen Jahr. Im laufenden Jahr wird mit einem Haushaltsüberschuß von etwa 2,5% gerechnet. Zum Vergleich: Deutschland kämpft zäh um ein einziges Prozent Wachstum, kann sein Haushaltsdefizit partout nicht unter die von der EU vorgeschriebenen 3% bringen und ist dankbar für die 2005 erwarteten 5 Milliarden Euro, mit denen Russland einen guten Teil seiner Schulden – vorzeitig – tilgt.

Segen und Fluch der Rohstoffe

Freilich sind die Einnahmen des russischen Staates zu einem wesentlichen Teil den hohen Preisen auf den internationalen Rohstoffmärkten zu verdanken, vor allem bei Erdöl und Erdgas, aber auch bei Erzen. Nicht zuletzt China hat mit seiner Nachfrageexpansion zur Verteuerung von Rohstoffen und Energie auf dem Weltmarkt beigetragen.

Die hohe Abhängigkeit des russischen Staatshaushalts vom Öl- und Gassektor ist jedoch problematisch: Ein nie auszuschließender Preisverfall würde die russische Wirtschaft und die Staatseinnahmen empfindlich treffen.

Zwei weitere wichtige Mechanismen seien beispielhaft genannt: Zum einen führen hohe Exportpreise für Öl und Gas dazu, dass höhere Löhne gezahlt werden. Dem könnten andere Branchen folgen, ohne dass dies durch die Produktivität gerechtfertigt wäre. Hohe Rohstoff- und Energiepreise verteuern auch in Russland die Kosten für die produzierenden Unternehmen. Zudem führt die Bezahlung der exportierten Rohstoffe zu einem massiven Zufluß ausländischen Geldes (Euro, Dollar). All dies bewirkt eine reale Aufwertung der russischen Währung (Rubel) gegenüber dem Euro und Dollar und benachtei-

ligt die Wettbewerbsfähigkeit der produzierenden Branchen Russlands auf den Weltmärkten (dies wird als „Holländische Krankheit“ bezeichnet, weil die Niederlande in den 1960er Jahren mit diesem Problem konfrontiert waren, nachdem sie größere Erdgasvorkommen erschlossen hatten).

Wichtiger noch sind die Anreizwirkungen knapper Ressourcen: Fließen die Einnahmen, besteht kein akuter Anlaß, unbeliebte, aber notwendige wirtschaftspolitische Reformen anzupacken. Erst wenn die Einnahmen ausbleiben, wird der Druck hierzu auf die Handelnden in Politik und Wirtschaft groß genug. Doch ist die Umsetzung dann ungleich schmerzvoller als in „guten“ Zeiten. Beide Aspekte lenken den Blick von der Makropolitik auf die Ordnungspolitik.

Das Wesen der Ordnungspolitik

Unter Ordnungspolitik versteht man die Regeln des Staates, die den Handlungsrahmen für Unternehmen und Menschen bilden. Sie müssen einer Grundentscheidung für ein wirtschaftliches System sowie bestimmten Prinzipien folgen.

Eine Marktwirtschaft braucht ein funktionsfähiges Preissystem (Marktpreise). Es darf keine Beschränkungen für den Eintritt in die Märkte geben, Privateigentum muß gesichert sein, ebenso Vertragsfreiheit und die Haftung der Handelnden für ihr Handeln. Die Währung muß stabil sein, Inflation vermieden werden. Die Politik muß sich auf die Gestaltung des Handlungsrahmens konzentrieren und vorhersehbar sein. Das erleichtert den Unternehmen Planungen für die Zukunft. Unabhängig vom Einzelfall müssen dauerhafte und für alle gleichermaßen geltende Regeln geschaffen werden, ohne Ausnahmen für Interessengruppen.

Daneben sind Monopole zu kontrollieren, externe Effekte zu korrigieren, große Einkommensunterschiede auszugleichen sowie ruinöser Wettbewerb zu verhindern. Walter Eucken, einer der Väter der Wirtschaftsordnung

der Bundesrepublik, hat dies als die grundlegenden und unverzichtbaren Prinzipien einer freien und menschenwürdigen Wirtschaftsordnung bezeichnet.

Die Ordnungspolitik – Achillesferse der russischen Politik

Seit Beginn der 90er Jahre wird in Russland auch von höchster Ebene bekundet, Marktwirtschaft und Demokratie zu fördern. Zuletzt hat sich Präsident Putin in seiner „Botschaft zur Lage der Nation“ am 25. April 2005 nachdrücklich für eine liberale Wirtschaftsordnung und Demokratie ausgesprochen.

Die Wirklichkeit der politischen Maßnahmen ist indes widersprüchlich. Die „Machtvertikale“, also Autorität und Kompetenzen des Präsidenten gegenüber den untergeordneten Ebenen des formal föderal aufgebauten Staates, ist seit Beginn der Präsidentschaft Putins im Jahr 2000 ständig gestärkt worden. Zunächst wurde diese Stärkung unter dem Eindruck der wenig geordneten Verhältnisse unter seinem Vorgänger Boris Jelzin begrüßt. Aus dessen Amtszeit rührt die unter der russischen Bevölkerung verbreitete Zurückhaltung gegenüber Begriffen wie Freiheit, Meinungsvielfalt oder Liberalismus her. Sie wurden in den Augen vieler diskreditiert, weil die unter diesen Schlagworten betriebene Politik dazu geführt hat, dass sich die „Oligarchen“ märchenhafte Reichtümer aneignen konnten, während für viele das tägliche Überleben nicht gesichert war. Dies entsprach zwar ebenso wenig einer funktionierenden Marktwirtschaft wie eine autokratische Wirtschaftslenkung, für viele Russen schien jedoch letztere das kleinere Übel zu sein. Demokratie wird in Russland in erster Linie als System zur Absicherung rechtlicher und sozialer Gleichheit wahrgenommen, nicht als ein System der Legitimierung und Kontrolle demokratischer Herrschaft. Wenn auch die Akzeptanz der Demokratie als „beste Staatsform“ steigt, so wird doch ihre tatsächliche Erscheinung in Russland unverändert kritisch beurteilt.

Mittlerweile stellt das Ausmaß der staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß die ordnungspolitische Grundentscheidung für eine freie Marktwirtschaft in Frage. Während man im Kreml von Deregulierung spricht und angeblich gegen die übergroße Bürokratie und Korruption vorgehen will, schicken sich diese an, die „vierte Macht“ im Staate zu werden. Längst sind alle überregionalen Fernsehsender unter staatlicher Kontrolle. Die Sender dem Einfluss der „Oligarchen“ entronnen

zu haben, ist ein Sieg des Kreml. Der Preis dafür besteht im Verlust der Meinungsvielfalt unter den konkurrierenden Sendern. Nur einige regionale Radiosender und Zeitungen konnten – bisher – der Gleichschaltung entgehen.

Angehörige der „Silowiki“, also der Sicherheitskräfte aus Geheimdienst, Militär usw., haben die noch aus der Jelzin-Zeit stammenden „Liberalen“ in der Verwaltung von fast allen wichtigen Positionen verdrängt. Zunächst zur Stützung der Macht Putins gedacht, scheinen diese immer mehr ein „Eigenleben“ zu entwickeln. Die Zeit nach dem Ende Putins zweiter – und letzter – Amtszeit ist in ihr Blickfeld gerückt, ebenso die Umverteilung des Eigentums nun zu ihren Gunsten, das in der „Raubprivatisierung“ der 90er Jahre den „Oligarchen“ zufiel. Reformorientierte Politiker wie der Wirtschaftsminister German Gref haben es oft schwer, sich mit ihrer liberalen Haltung durchzusetzen. Während die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) von der allgegenwärtigen Bürokratie gegängelt werden, geht es der Kreml-Administration ums Grundsätzliche: Lenkung und Regulierung zum vermeintlichen Nutzen der Gesellschaft, die dabei jedoch ebenso auf der Strecke bleiben wird wie bei allen mehr oder weniger wohlmeinenden Versuchen staatlicher Bevormundung in der russischen Geschichte.

Die größten Fehler

Der größte wirtschaftspolitische Fehler der jüngsten Zeit war das Vorgehen gegen den Ölkonzern „Yukos“ und dessen Haupteigentümer Chodorkowskij und Lebedew. Von Anfang an wurden durch Behörden rechtsstaatliche Prinzipien verletzt, Sachverhalte verfälscht und das Gericht gedrängt, ein vorher am „grünen Tisch“ festgelegtes Urteil zu verhängen. Dass man sich im „Ernstfall“ nicht auf rechtsstaatliche Verfahren verlassen kann, hat mit Sicherheit jeder Investor zur Kenntnis genommen – nicht nur die „Oligarchen“, die in den 90er Jahren das Volkseigentum geraubt haben. Die Kapitalflucht aus Russland während des Vorgehens gegen Yukos – geschätzt auf 15 Milliarden Euro – ist ein deutliches Zeichen dafür. Damit nicht genug, verkündet der stellvertretende Generalstaatsanwalt Michail Kolesnikow unwidersprochen, dem Fall Yukos würden weitere folgen. Die dringend benötigten Investitionen, besonders im produzierenden Gewerbe, wird man so nicht gewinnen.

Ein weiterer Fehler ist die vorherrschende Sichtweise, der Staat könne die Wirtschaftsprozesse

effizient regulieren und in einer Art Staatskapitalismus besser lenken, als dies unter Wettbewerbsbedingungen möglich wäre. Dem entspricht auch die Bevorzugung bestimmter Sektoren (z.B. Rohstoffe) sowie großer Wirtschaftseinheiten (Holdings), die sich leichter überwachen lassen. Dabei wird verkannt, dass durch ein solches Vorgehen notwendige Veränderungen zwangsläufig nur schwerfällig von den Unternehmen angegangen werden und dass sich Ineffizienzen festsetzen, zumal der Staat nie über ausreichendes Lenkungswissen verfügen kann.

Besonders bedrohlich erscheint, dass der Staat nicht nur versucht, auf die Unternehmen einzuwirken, sondern auch auf die Gesellschaft: Die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, die öffentliche Meinungsbildung bis hin zu dem, was als „Zivilgesellschaft“ bezeichnet wird, versucht die Kreml-Administration in ihrem Sinne eines Wirtschaftszentralismus zu beeinflussen, nicht zuletzt mit Hilfe der von ihr kontrollierten Medien und nachgeordneten Bürokratie.

Die Lösung ist einfach, doch schwer durchzusetzen

Die Lösung der Probleme läge in einer konsequenten Hinwendung zu einer Ordnungspolitik, die auf Eingriffe in den Wirtschaftsprozess weitgehend verzichtet. Klare, widerspruchsfreie, langfristig gültige Gesetze, die nicht rückwirkend

angewandt und vor denen alle gleich behandelt werden, sind von elementarer Bedeutung für die Rechtssicherheit. Sie ist Voraussetzung für Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung. Formal sind wichtige Gesetze eingeführt, teilweise nach europäischem oder amerikanischem Vorbild. Ihnen stehen zahlreiche Regulierungsvorschriften entgegen, die weiter abgebaut werden müssten. Dazu gehört auch, dass die Gesetze ihrem Wortlaut entsprechend angewandt werden und die – viel zu große – Bürokratie nicht die Möglichkeit hat, durch willkürliche Interpretationen ihre Hand aufzuhalten.

Dafür erforderlich ist ein Mentalitätswechsel innerhalb der Administration bis in höchste Ebenen: Die prinzipielle Nichtsteuerbarkeit der Wirtschaft müsste anerkannt und Vertrauen in die eigene Bevölkerung entwickelt werden. Ein starker Staat kann nur ein Staat sein, der sich auf seine Kernkompetenzen beschränkt und nicht zum Spielball von Partikularinteressen wird – seien es die der „Oligarchen“ auf der einen oder die von Verwaltung und Bürokratie auf der anderen Seite. Da das aber massiv den Interessen dieser mächtigen Gruppen entgegenlaufen würde, ist kaum mit dem erforderlichen Mentalitätswechsel zu rechnen – mit den angedeuteten Konsequenzen für die künftige wirtschaftliche und politische Entwicklung.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Thomas Welsch war 1999 bis 2005 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der „Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme der Philipps-Universität Marburg“ tätig. Gegenwärtig schließt er eine Dissertation über die Besonderheiten der russischen Transformation ab.

Lesetipps

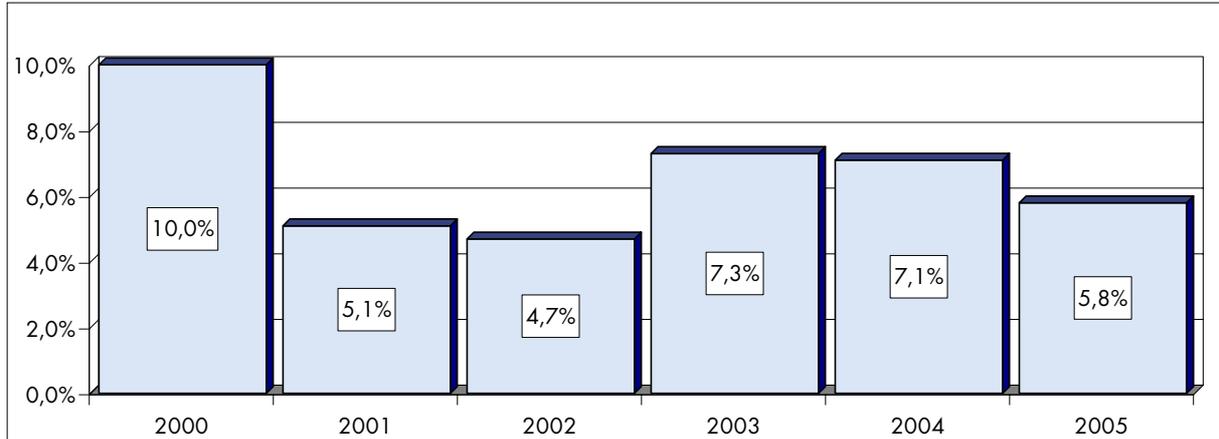
- Welsch, Thomas (2003), Die Soziale Marktwirtschaft: gemeinsames Leitbild für Deutschland und Rußland am Beginn des 21. Jahrhunderts?, in: Nachrichten der Sankt Petersburger Universität für Wirtschaft und Finanzen, Nr. 2 (34), S. 57–66.
<http://www.wiwi.uni-marburg.de/Lehrstuehle/VWL/Wittheo2/mitarbeiter/welsch/welsch.htm>
(russisch und deutsch)
- World Bank: Russian Economic Report. November 2005
http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/RER11_eng.pdf

Grafiken zum Text

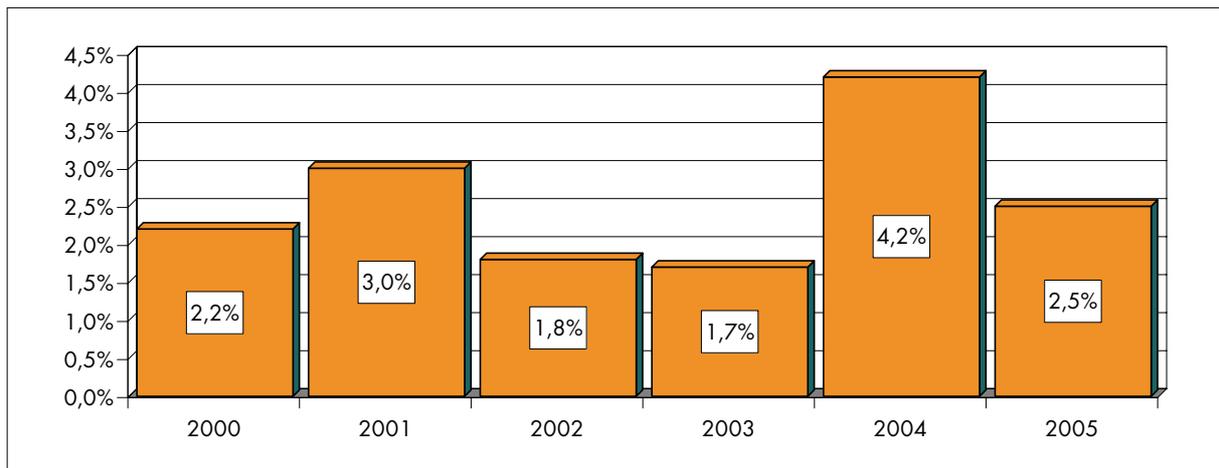
Wirtschaftsdaten Russland

Zusammengestellt von Thomas Welsch. Quelle: FAZ (Länderbericht Rußland).

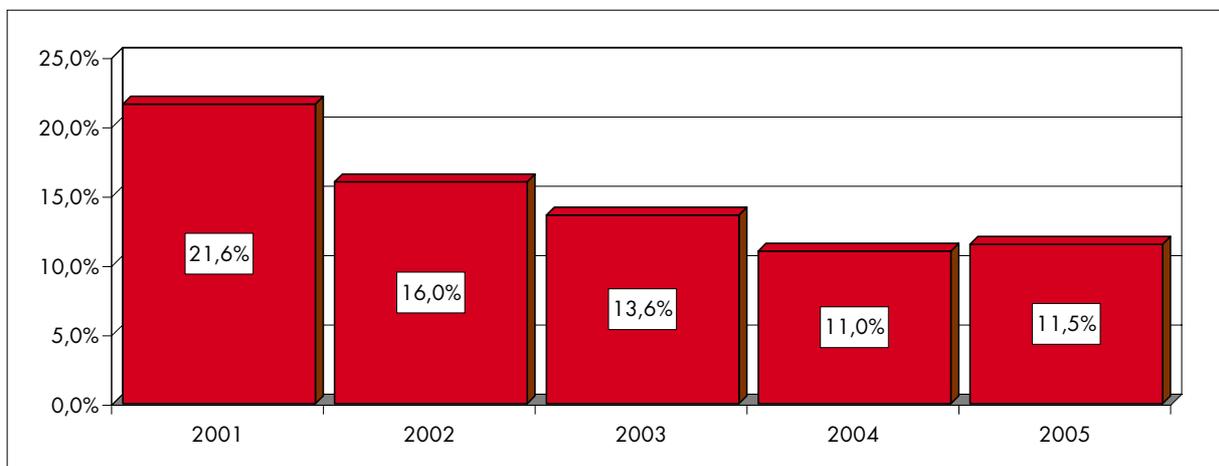
Bruttoinlandsprodukt (Veränderungsrate in %)



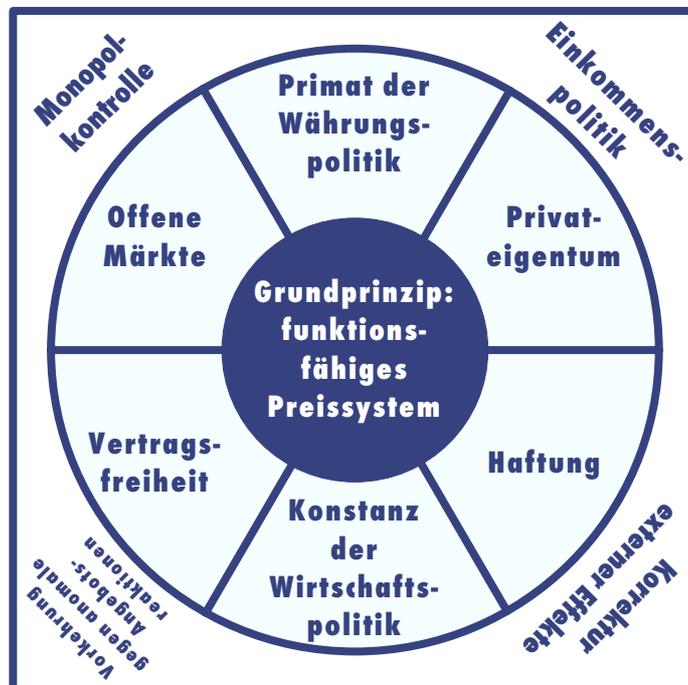
Haushaltsüberschuss (in % des BIP)



Inflationsrate (Jahresdurchschnitt in %)



Die konstituierenden und regulierenden Prinzipien einer Wettbewerbsordnung nach Walter Eucken



- *Zentrale Bedeutung:* funktionsfähiges Preissystem (d.h. die Preise – beispielsweise für Lebensmittel, Wohnungen usw. – können sich frei über Märkte bilden und werden nicht vom Staat vorgegeben)
- *Im Kreis:* Die „konstituierenden“ Prinzipien sind Voraussetzung für eine Marktwirtschaft. Ohne sie kann eine Marktwirtschaft nicht funktionieren.
- *Im Kasten:* Diese vier regulierenden Prinzipien erhalten eine Marktwirtschaft aufrecht.
- *Der Kasten selbst:* Er ist der Rahmen sittlich-kultureller Werte („Sozialkapital“, „Zivilgesellschaft“), also der Bestand informeller Regeln, ohne die eine Marktwirtschaft ebenfalls nicht funktionieren kann.

Quelle: Schüller, Alfred und Hans-Günter Krüsselberg (Hrsg.) (2004), Grundbegriffe zur Ordnungstheorie und Politischen Ökonomik, Arbeitsberichte zu Ordnungsfragen der Wirtschaft Nr. 7, 6. Auflage, Marburg, S. 55 (erscheint im Dezember auf Russisch unter dem Titel: Analis ekonomitscheskich sistem. Osnovnye ponjatija teorii chosjajstwenogo porjadka i polititscheskoj ekonomiki, Moskau: Ekonomika).

Dokumentation

Weltbank: Bericht zur russischen Wirtschaft. November 2005 (Auszug)

I. Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung

Das russische Wirtschaftswachstum wurde 2005 von drei grundlegenden Faktoren beeinflusst: einem weiterhin anhaltenden schnellen Wachstum von Löhnen und Nachfrage im Inland, den verbesserten Erwartungen von Investoren und schließlich dem wachsendem Wettbewerbsdruck durch die reale Aufwertung des Rubels. In diesem Kontext bleibt das russische Wirtschaftswachstum weiterhin auf hohem Niveau, obwohl die Verlangsamung des Wachstums in vielen Sektoren anhält, die 2004 einsetzte. Kürzlich erhobene Daten zeigen, dass der stärkere Rubel zu einem erhöhten Wettbewerbsdruck führt. Höhere Ölpreise haben dem föderalen Budget noch größere Windfall-Einnahmen beschert. Die Kerninflationsrate [*Inflationsrate um die Bereiche Nahrungsmittel und Energie bereinigt*] bleibt ungefähr auf demselben Niveau wie 2003 und 2004.

Die Diskussionen über die Verwendung des wachsenden Überschusses an Staatseinnahmen sind intensiver geworden und werden im föderalen Budget reflektiert. Präsident Putin und die Regierung haben eine Reihe von Initiativen ergriffen, um private Investoren über den politischen Willen zur Verbesserung des Investitionsklimas zu beruhigen. Die Regierung setzt die Implementierung von begonnenen Reformen fort, scheint aber größere Initiativen bis nach den Wahlen 2008 verschoben zu haben. Nichtsdestoweniger möchten viele Regionen die sehr ehrgeizige und weit reichende Reform der lokalen Selbstverwaltung wie vorgesehen im Jahr 2006 in Gang setzen. Die Regierung hat eine verstärkte Aktivität des Staates in der Wirtschaft, mit Public-Private-Partnerships, Sonderwirtschaftszonen und Konzessionsvereinbarungen, zur politischen Priorität gemacht. Der geplante Kauf von Sibneft durch Gazprom könnte ein weiterer Schritt für die Sicherung der Herrschaft in der Ölindustrie im Rahmen staatlich kontrollierter Firmen sein.

[...]

Beziehungen zwischen Regierung und Wirtschaft und Reformen

Während das Investitionsklima in Russland weiterhin unter einem hohen Grad an Unsicherheit leidet, insbesondere bei den Beziehungen zwischen Regierung und Wirtschaft in so genannten „strategischen Sektoren“ der Wirtschaft, können die ersten neun Monate des Jahres 2005 doch mit einigen positiven Veränderungen im Vergleich zu den bedauerlichen Jahren 2003 und 2004 aufwarten. Erstens haben der Kreml und die Regierung das Problem und die Notwendigkeit, dieses Problem zu lösen, öffentlich anerkannt. Sie haben durch Treffen mit bedeutenden Wirtschaftsvertretern in Russland und im Ausland eine gewisse Aktivität entfaltet, um diese über den Schutz ihrer Interessen zu beruhigen. Der Präsident selber hat eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, um seine Entschlossenheit zu demonstrieren, das Investitionsklima zu verbessern. Dazu gehören eine Verkürzung der Frist, während der Privatisierungen angefochten werden können, mehrere Veränderungen bei den Steuerbehörden, um Betriebe zu schützen und eine Amnestie für eine Repatriierung von russischem Kapital aus dem Ausland. Während wahrscheinlich keine diese Maßnahmen alleine eine bedeutende Auswirkung auf das Vertrauen der Wirtschaft haben würde, haben sie zusammengenommen vielleicht bewirkt, ein neues Interesse für die Bedingungen für private Investoren zu signalisieren. Wenn die Regierung eine Reputation für die Aufrechterhaltung von stabilen und beständigen Regeln, die für erfolgreiche privatwirtschaftliche Aktivitäten förderlich sind, festigen kann, werden sich Investitionsraten sicherlich erhöhen. Dies ist eine wesentliche Frage für die Nachhaltigkeit eines schnellen Wachstums.

Das Jahr 2005 hat auch wenigstens ein wenig impliziten Fortschritt bei der Formulierung einer Vision für die Beziehungen von Geschäftswelt und Regierung gesehen. Für die großen strategischen Sektoren ist dies eine Vision von Partnerschaft, gemeinsamen Investitionen und Kooperation. Die meisten neuen Regierungsinitiativen fallen in diese Kategorie, darunter ein neues Konzessionsgesetz, Prioritäten für Private-Public-Partnerships in vielen Bereichen und Sonderwirtschaftszonen für gemeinsame Projekte von Staat und privater Hand. Die Regierung ist auch dabei, eine Liste der Wirtschaftsgebiete aufzustellen, die für ausländisch dominierten Besitz geschlossen sein sollen, darunter die Ausbeutung von großen Lagerstätten von Naturressourcen. Während diese Initiative zu sehr gemischten Gefühlen unter ausländischen Investoren geführt hat, ist sie mit dem vorgeschlagenen Gesamtziel, Unsicherheit zu verringern, vereinbar. Die Bestrebungen, staatliche Kontrolle in der Öl- und Gasindustrie zu konsolidieren, sind im Jahre 2005 fortgesetzt worden. Die Regierung hat Pläne, einen kontrollierenden Anteil am Gasmonopolisten Gazprom zu erlangen und Gazprom selbst ist dabei, den Ölriesen in Privatbesitz, Sibneft, zu erwerben.

Das politische Klima in Russland wird mehr und mehr von den Parlamentswahlen im Jahr 2007 und vor allem von den Präsidentenwahlen 2008 dominiert. Die bevorstehenden Wahlen, zusammen mit einer günstigen makroökonomischen Gesamtlage und der Schwierigkeiten bei sozialen Reformen (der Monetarisierung von sozialen Sachleistungen), können mit einer immer vorsichtigeren Haltung zu Reformen in Moskau in Verbindung gebracht werden. Obwohl die Regierung die Implementierung einer Reihe von schon initiierten Reformen fortsetzt, darunter die Reformen im Bankensektor und der Verwaltung, ist der Appetit auf neue Reformen auf föderaler Ebene bedeutend schwächer geworden.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Quelle: http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/RER11_eng.pdf

Die russische Wirtschaft im September 2005: Makroökonomische Kennziffern

	2001	2002	2003	2004	2005								
					Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep
Output													
Bruttoinlandsprodukt, %, Veränderung gegenüber dem Vorjahr*	5,1%	4,7%	7,3%	7,1%	-	-	5,2%	-	-	5,7%	-	-	-
Industrieproduktion, %, Veränderung gegenüber dem Vorjahr	4,9%	3,7%	7,0%	7,3%	2,1%	5,1%	4,0%	5,0%	1,4%	6,9%	4,9%	3,4%	5,2%
Bruttoanlageinvestitionen, %, Veränderung gegenüber dem Vorjahr	8,7%	2,6%	12,5%	10,9%	7,0%	7,8%	8,0%	10,8%	6,8%	11,0%	11,2%	9,8%	10,7%
Fiskal- und Geldpolitik													
Saldo des föderalen Staatshaushaltes, % des BIP*	3,0%	2,3%	1,7%	4,2%	13,8%	8,3%	12,4%	10,6%	10,3%	10,2%	9,4%	8,9%	
Primärsaldo, % des BIP*	5,5%	4,4%	3,4%	5,4%	30,6%	10,2%	14,2%	12,0%	11,5%	11,3%	0,0%	10,1%	
M2, %, Veränderungen gegenüber der vorhergehenden Periode	44,6%	34,1%	44,8%	42,5%	-4,0%	2,9%	3,8%	2,5%	2,2%	5,1%	1,2%	3,0%	
Inflation (CPI), %, Veränderungen gegenüber der vorhergehenden Periode	18,6%	15,1%	12,0%	11,7%	2,6%	1,2%	1,3%	1,1%	0,8%	0,6%	0,5%	-0,1%	0,3%
Nominaler Wechselkurs, Veränderung zur vorhergehenden Periode	7,0%	5,4%	-7,3%	-5,8%	1,2%	-1,1%	0,2%	-0,2%	1,1%	2,1%	-0,1%	-0,3%	-0,2%
Realer Wechselkurs, Juli 1998=100 (IMF)	79,4%	82,0%	84,9%	91,6%	95,0%	96,3%	96,9%	98,6%	99,4%	100,1%	100,2%		
Realer Wechselkurs, %, Änderungen gegenüber der vorhergehenden Periode (IMF)	18,7%	3,3%	3,5%	7,9%	3,2%	1,3%	0,6%	1,7%	0,8%	0,7%	0,1%		
Reserven (einschließlich Gold) Mrd. US\$, Ende der Periode	36,6	47,8	76,9	124,5	124,9	134,2	137,4	144,3	147,4	151,6	144,6	149,7	159,6
Zahlungsbilanz													
Leistungsbilanz, Mrd. US\$	35,1	32,8	35,9	60,1	-	-	22,4	-	-	46,4	-	-	69,1
Handelsbilanz, Mrd. US\$	48,1	46,3	59,9	86,9	8,3	8,4	10,2	10,5	10,8	9,7	10,9	11,5	12,5
Exporte, Mrd. US\$	101,9	107,3	135,9	183,2	15,0	16,6	20,1	20,2	20,4	19,8	21,5	22,0	23,0
Importe, Mrd. US\$	53,8	61,0	76,1	96,3	6,7	8,2	9,9	9,7	9,6	10,1	10,6	10,5	10,5
Durchschnittlicher Exportpreis für russisches Erdöl, \$/barrel	20,9	21,0	23,9	34,1	32,1	35,2	39,3	42,1	41,7	44,5	48,9		

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Die russische Wirtschaft im September 2005: Makroökonomische Kennziffern (Fortsetzung)

	2005													
	2001	2002	2003	2004	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	
Finanzmarkt														
Refinanzierungszinssatz der Zentralbank, %; Ende der Periode	25,0%	21,0%	16,0%	13,0%	13,0%	13,0%	13,0%	13,0%	13,0%	13,0%	13,0%	13,0%	13,0%	13,0%
Durchschnittlicher Anlagezinssatz für Unternehmen, %	8,5%	6,9%	4,4%	4,2%	2,6%	2,6%	2,5%	2,2%	2,9%	3,4%	3,1%			
Durchschnittlicher Kreditzinssatz für Unternehmen, %	17,9%	15,8%	13,1%	11,5%	10,9%	10,8%	10,7%	10,4%	11,0%	11,2%	10,3%			
Durchschnittlicher realer Zinssatz für Rubelkredite, % (bereinigt um Verbraucherpreisinflation)	-1,1%	3,9%	-2,2%	-10,1%	-9,8%	-8,0%	-8,8%	-8,9%	-8,9%	-6,6%	-6,7%			
Nettokreditierung des realen Sektors, Mrd. RUR	486	479	898	1210	44	7	132	148	109	173	130			
Anteil der langfristigen Kredite an der Kreditvergabe an Unternehmen, in %	21,0%	25,0%	30,0%	30,0%	30,0%	30,0%	30,0%	30,0%	31,0%	30,0%	30,0%			
Aktienmarktindex (RTS)	260	359	567	614	637	716	699	670	674	706	779	882	1007	
Unternehmensfinanzen														
Anteil der mit Verlust arbeitenden Unternehmen*	38,0%	43,0%	41,0%	36,0%	39,0%	39,0%	42,0%	41,0%	39,0%	38,0%				
Rentabilität (Nettogewinn/begleitenden Umsatz), in %*	26,0%	17,0%	21,0%	25,0%	52,0%	41,0%	48,0%	30,0%	29,0%	25,0%				
Unbare Transaktionen, Anteil am Gesamtumsatz in %	22,0%	18,0%	14,0%	11,0%	8,0%	9,0%	10,0%	7,0%	7,0%	6,0%				
Einkommen, Armut, Arbeitsmarkt														
Nettoänderung der Lohnrückstände in staatlichen Unternehmen und Institutionen, %, Veränderungen gegenüber der vorhergehenden Periode	-26,0%	-5,0%	-34,0%	-56,0%	24,0%	12,0%	-17,0%	-26,0%	8,0%	-11,0%	10,0%			
Verfügbares Einkommen, 1999=100%	122,0%	136,0%	154,0%	167,0%	139,0%	168,0%	185,0%	193,0%	179,0%	191,0%	190,0%	184,0%	196,0%	
Durchschnittliches Einkommen in US\$	112	139	179	237	262	269	291	288	288	301	303	300	308	
Anteil der Bevölkerung, die unter dem Existenzminimum lebt (%)*	27,3%	24,2%	20,6%	17,8%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Arbeitslosigkeit (%; Definition der ILO)	8,7%	7,9%	8,4%	8,3%	8,3%	8,2%	7,9%	7,6%	7,3%	7,0%	6,7%	6,4%	6,8%	

*Kumuliert vom Jahresbeginn

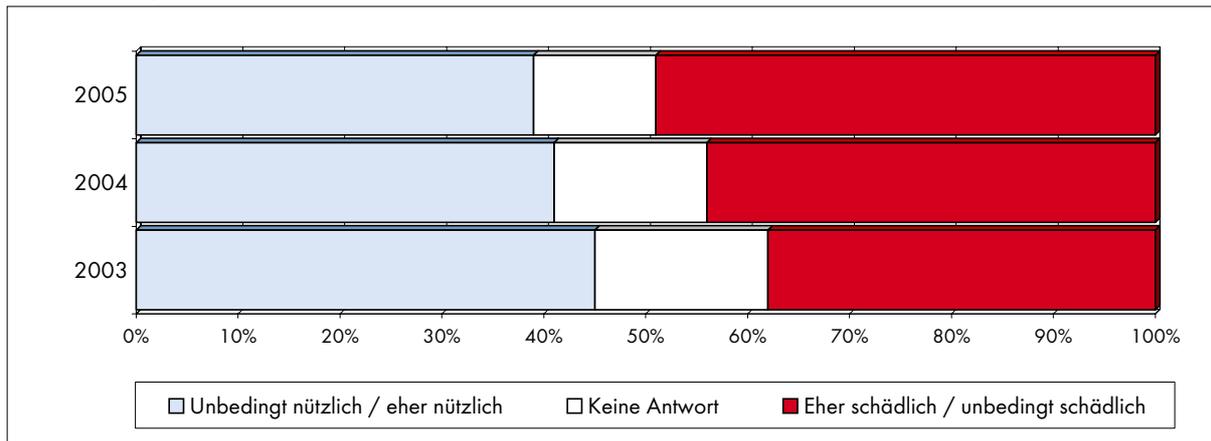
 Quelle: World Bank Moscow Office Economics Unit: RUSSIAN ECONOMIC REPORT. November 2005 No. 11 http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/RER11_eng.pdf (zusammengestellt nach: Rosstat, CBR, EEG, IMF, Schätzungen der Weltbank.)

Umfrage

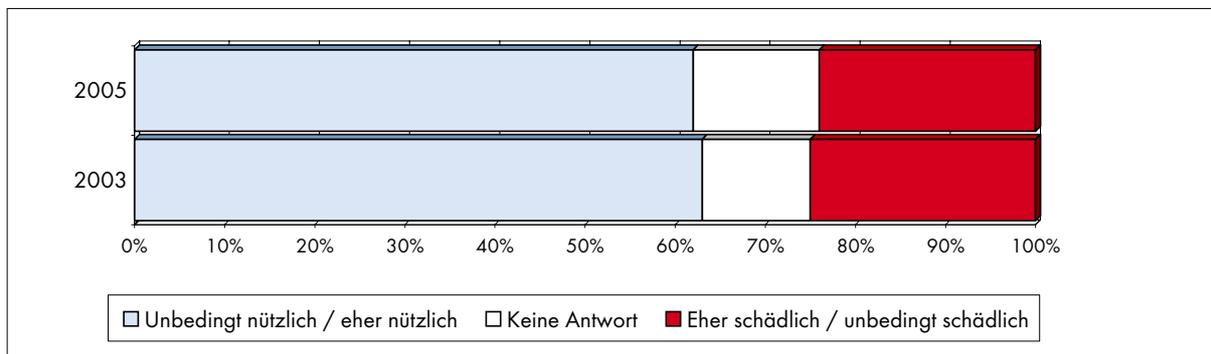
Russische Unternehmer in der öffentlichen Meinung

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, September 2005 <http://www.levada.ru./press/2005091601.html>

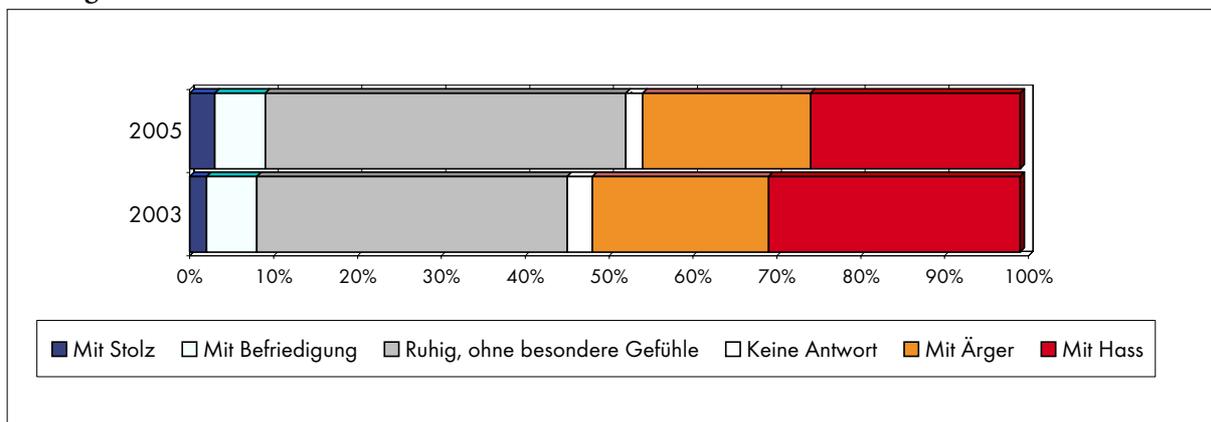
Ist die Tätigkeit der Großunternehmer heute für Russland nützlich oder schädlich?



Ist die Tätigkeit der kleinen und mittleren Unternehmer heute für Russland nützlich oder schädlich?



Unlängst wurden die Liste der reichsten Leute der Welt veröffentlicht. Darunter waren mehrere russische Geschäftsleute. Wie beurteilen Sie, dass es in unserem Land solche extrem reichen Leute gibt?



Rating

Der „Bertelsmann Transformation Index“

Russland im internationalen Vergleich von Transformationsgesellschaften

Thomas Welsch, Marburg

Mit dem Bertelsmann Transformation Index (BTI) 2006 der Bertelsmann Stiftung liegt ein aktueller Vergleich von 119 Transformationsländern hinsichtlich ihres Entwicklungsniveaus von Marktwirtschaft und Demokratie vor. Anhand von 58 Fragen (Indikatoren) werden 19 Kriterien festgestellt, aus denen zwei Indizes ermittelt werden.

Der Status-Index enthält den Entwicklungsstand der Demokratie und einen „Trendindikator Demokratie“ sowie den Entwicklungsstand der Marktwirtschaft und einen „Trendindikator Marktwirtschaft“.

Im Management-Index wird ermittelt, wie gut die Regierung eines Landes die Transformationsprobleme gelöst hat. Erschwerende bzw. erleichternde Bedingungen werden berücksichtigt.

Russland im BTI 2006, 2003

	BTI 2006	BTI 2003
Status-Index	6,14	6,0
Rang	47	41
Ergebnis Politische Transformation	5,7	3,0
Trend Demokratische Entwicklung	unverändert	k.A.
Ergebnis Wirtschaftliche Transformation	6,57	3,0
Trend Wirtschaftliche Entwicklung	steigend	steigend
Management-Index	3,84	5,5
Rang	87	31
Ergebnis Management-Leistung	4,4	6,0
Schwierigkeitsgrad	4,1	6

Skalierung: 1 (geringste) bis 10 (beste Note)

Rang: 1 = bester Rang; schlechtester Rang = 119 (2003: 116)

k.A. = keine Angabe

Quelle: Bertelsmann-Stiftung, BTI 2003, 2006 www.bertelsmann-transformation-index.de

Russland belegt im Status-Index mit Platz 47 einen Platz im Mittelfeld (Platz 41 in der letzten Studie). Ländern in diesem Bereich werden „Defizite im Hinblick auf marktwirtschaftliche Demokratie“ bescheinigt. Trotz einer geringen absoluten Verbesserung des Index hat Russland einige Plätze verloren, was auf eine relativ zu anderen Ländern etwas geringere Leistung schließen lässt. Beim Management-Index ist Russland von Platz 31 (von 116 im Jahr 2003) auf Platz 87 (von 119) in der aktuellen Studie abgerutscht, mit nur „geringem Erfolg“ beim Management der Transformationsprobleme. Als Gründe hierfür werden vor allem Defizite in der Ressourcennutzung und Konsensbildung sowie Autokratisierungstendenzen gesehen.

Region Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und Mongolei: Einzelergebnisse

	Status-Index					Management-Index													
	Entwicklungsstand Demokratie					Entwicklungsstand Marktwirtschaft					Management auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie (2003-2005)		Management-Index						
	Entwicklungsstand Demokratie (1.-5.)					Entwicklungsstand Marktwirtschaft (6.-12.)					Status-Index		Management-Kriterien (14.-17.)		Management-Index				
Armenien	9	6	4	6	6	6,1	4	7	9	7	5	6,4	6,3	4,4	5	6	7	5,8	5,1
Aserbaidschan	7	3	4	2	3	3,8	5	5	7	5	4	5,2	4,5	5,6	3	4	6	3,9	3,5
Belarus	8	3	3	2	3	4,0	7	5	4	3	5	5,0	4,5	4,4	2	3	3	3,1	2,7
Georgien	5	8	7	7	4	6,1	4	5	9	5	5	5,4	5,7	5,9	6	7	7	6,5	5,9
Kasachstan	9	3	4	2	4	4,2	6	7	9	7	5	6,8	5,5	4,5	4	5	6	4,7	4,1
Kirgisistan	7	4	4	2	4	4,1	4	5	9	7	4	5,4	4,8	5,6	4	3	4	4,6	4,2
Moldawa	7	7	5	5	5	5,4	3	7	6	4	5	4,7	5,1	6,1	3	4	5	3,8	3,5
Mongolei	9	7	6	8	6	7,1	3	6	9	7	4	5,5	6,3	5,3	6	5	9	7,0	6,3
Russische Föderation	8	6	5	6	5	5,7	6	10	6	6	5	6,6	6,1	4,1	5	4	5	4,4	3,8
Tadschikistan	6	3	4	3	3	3,6	2	4	5	4	3	3,4	3,5	7,4	4	3	7	4,8	4,5
Turkmenistan	7	1	2	1	2	2,6	4	2	4	3	3	3,8	3,2	5,4	2	1	3	2,0	1,8
Ukraine	8	8	7	7	6	7,1	6	7	9	7	6	6,8	7,0	3,9	5	4	5	5,4	4,7
Usbekistan	7	2	3	2	3	3,1	4	3	5	3	3	3,8	3,5	6,1	2	2	3	2,4	2,2

Quelle: www.berlinsmann-transformation-index.de
 Dort findet sich das Ranking der 119 Länder, die Broschüre mit detaillierter Beschreibung des BTI 2006 mit allen Fragen der Indizes und mit der Erläuterung der Vorgehensweise sowie ein ausführlicher Länderbericht Russland (wie auch für die anderen GUS-Staaten).

Status-Index 2006

		Politische Transfor- mation	Transfor- mation zur Markt- wirtschaft	Aggregier- ter Index
1	Slowenien	9,55	9,36	9,45
2	Estland	9,40	9,18	9,29
3	Tschechien	9,45	9,00	9,23
4	Taiwan	9,35	9,00	9,18
5	Ungarn	9,40	8,93	9,16
6	Slowakei	9,20	8,93	9,06
7	Litauen	9,25	8,79	9,02
8	Südkorea	8,90	9,07	8,99
9	Polen	9,20	8,61	8,90
10	Chile	9,10	8,61	8,85
11	Kroatien	9,10	8,32	8,71
12	Costa Rica	9,40	8,00	8,70
13	Uruguay	9,90	7,43	8,66
14	Lettland	8,30	8,11	8,20
15	Mauritius	8,58	7,75	8,17
16	Botswana	8,45	7,50	7,98
16	Bulgarien	8,45	7,50	7,98
16	Südafrika	8,70	7,25	7,98
19	Rumänien	8,20	7,57	7,89
20	Brasilien	7,90	7,79	7,84
21	Jamaika	8,70	6,46	7,58
22	Singapur	5,35	9,21	7,28
23	Thailand	6,85	7,68	7,26
24	Argentinien	7,85	6,57	7,21
24	Indien	7,95	6,46	7,21
26	Namibia	7,70	6,61	7,15
27	Mexiko	7,55	6,71	7,13
28	Panama	7,55	6,64	7,10
29	Makedo- nien	7,55	6,61	7,08
30	El Salvador	7,35	6,64	7,00
31	Ghana	7,90	6,07	6,99
32	Ukraine	7,10	6,82	6,96
33	Serbien u. Montene- gro	7,40	6,50	6,95
34	Türkei	7,05	6,79	6,92
35	Senegal	7,75	5,54	6,64
36	Sri Lanka	6,00	7,25	6,63

		Politische Transfor- mation	Transfor- mation zur Markt- wirtschaft	Aggregier- ter Index
37	Albanien	7,25	5,96	6,61
37	Bosnien u. Herzego- wina	6,80	6,43	6,61
39	Peru	6,85	6,29	6,57
40	Madagaskar	7,50	5,39	6,45
41	Philippinen	6,95	5,86	6,40
42	Dominika- nische Rep.	7,30	5,43	6,36
43	Mongolei	7,05	5,54	6,29
44	Armenien	6,10	6,43	6,26
44	Benin	7,60	4,93	6,26
46	Bahrain	4,92	7,50	6,21
47	Russische Föderation	5,70	6,57	6,14
48	Kolumbien	5,85	6,36	6,10
48	Mali	7,35	4,86	6,10
50	Malaysia	5,07	7,11	6,09
51	Bolivien	6,75	5,39	6,07
51	Sambia	6,50	5,64	6,07
53	Honduras	6,80	5,29	6,04
53	Indonesien	6,30	5,79	6,04
55	Bangla- desch	6,55	5,46	6,01
55	Mosambik	6,95	5,07	6,01
57	Nicaragua	6,65	5,11	5,88
58	Paraguay	6,60	5,11	5,85
59	Uganda	5,85	5,79	5,82
60	Kenia	6,45	5,11	5,78
61	Georgien	6,10	5,36	5,73
62	Libanon	5,60	5,82	5,71
63	Ecuador	6,20	5,11	5,65
63	Tansania	6,45	4,86	5,65
65	Venezuela	6,20	4,89	5,55
66	Kasachstan	4,18	6,79	5,48
67	Nigeria	6,05	4,71	5,38
68	Niger	6,53	4,18	5,36
69	Burkina Faso	6,12	4,57	5,34
70	Guatemala	5,65	4,89	5,27



(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Status-Index 2006 (Fortsetzung)

		Politische Transfor- mation	Transfor- mation zur Markt- wirtschaft	Aggregier- ter Index
70	Sierra Le- one	6,15	4,39	5,27
72	Tunesien	3,83	6,50	5,17
73	Papua-Neu- guinea	6,00	4,29	5,14
74	Jordanien	4,10	6,14	5,12
75	Moldova	5,40	4,71	5,06
76	Ver. Arabi- sche Emi- rate	3,20	6,86	5,03
77	Malawi	6,25	3,54	4,89
78	Kirgisistan	4,08	5,43	4,76
79	Marokko	4,48	4,75	4,62
80	Ruanda	4,23	4,96	4,60
81	Nepal	3,70	5,39	4,55
82	Aserbaid- schan	3,80	5,21	4,51
83	Belarus	3,97	4,96	4,47
84	Pakistan	3,58	5,29	4,43
85	Algerien	4,23	4,61	4,42
85	China	3,05	5,79	4,42
87	Kambod- scha	4,10	4,57	4,34
87	Vietnam	3,10	5,57	4,34
89	Kamerun	4,08	4,54	4,31
90	Ägypten	4,12	4,46	4,29
91	Guinea	4,28	4,11	4,20
92	Äthiopien	4,17	4,21	4,19
93	Libyen	3,00	5,00	4,00
93	Saudi-Ara- bien	2,57	5,43	4,00

		Politische Transfor- mation	Transfor- mation zur Markt- wirtschaft	Aggregier- ter Index
95	Iran	3,75	4,21	3,98
96	Kuba	3,37	4,50	3,93
97	Tschad	3,53	4,18	3,86
98	Jemen	4,07	3,57	3,82
98	Togo	3,72	3,93	3,82
100	Syrien	3,00	4,25	3,63
101	Burundi	3,63	3,54	3,58
102	Tadschiki- stan	3,60	3,39	3,50
103	Usbekistan	3,13	3,79	3,46
104	Angola	3,38	3,43	3,41
105	Simbabwe	3,97	2,79	3,38
106	Laos	2,83	3,86	3,35
107	Haiti	3,35	3,21	3,28
108	Zentralafri- kan. Rep.	3,32	3,14	3,23
109	Türkmenis- tan	2,58	3,82	3,20
110	Sudan	2,30	4,04	3,17
111	Cote d'Ivoire	2,85	3,43	3,14
112	Afghanistan	2,97	3,07	3,02
113	Eritrea	3,32	2,57	2,94
114	Irak	2,68	2,89	2,79
114	Liberia	3,18	2,39	2,79
116	Nordkorea	2,70	2,64	2,67
117	DR Kongo	2,60	2,64	2,62
118	Myanmar	1,65	2,11	1,88
119	Somalia	1,58	1,14	1,36

■ = Staaten der ehemaligen Sowjetunion (außer Russische Föderation), ■ = Staaten Mittel- und Osteuropas,
■ = Russische Föderation

Quelle: www.bertelsmann-transformation-index.de

Dort findet sich das Ranking der 119 Länder, die Broschüre mit detaillierter Beschreibung des BTI 2006 mit allen Fragen der Indizes und mit der Erläuterung der Vorgehensweise sowie ein ausführlicher Länderbericht Russland (wie auch für die anderen GUS-Staaten).

Management-Index 2006

1	Mauritius	7,57
2	Chile	7,51
3	Botswana	7,44
4	Slowenien	7,41
5	Taiwan	7,37
6	Slowakei	7,32
7	Estland	7,29
8	Südkorea	7,25
9	Litauen	7,00
10	Tschechien	6,95
11	Südafrika	6,93
12	Kroatien	6,88
13	Brasilien	6,86
14	Uruguay	6,85
15	Ungarn	6,81
16	Lettland	6,78
17	Senegal	6,77
18	Ghana	6,76
19	Costa Rica	6,63
20	Türkei	6,52
21	Bulgarien	6,51
22	Mali	6,44
23	Polen	6,36
24	Rumänien	6,33
25	Madagaskar	6,31
25	Mongolei	6,31
27	El Salvador	6,24
28	Niger	6,13
29	Mosambik	6,05
30	Mexiko	6,03
31	Jamaika	6,02
32	Indien	5,98
32	Namibia	5,98
34	Tansania	5,92
35	Georgien	5,91
36	Singapur	5,78
37	Sierra Leone	5,73
38	Benin	5,68
39	Panama	5,65
40	Malaysia	5,56
41	Uganda	5,55

42	Makedonien	5,54
43	Sambia	5,52
44	Argentinien	5,41
45	Nigeria	5,33
46	Albanien	5,32
46	Sri Lanka	5,32
48	Serbien u. Montenegro	5,31
49	Bolivien	5,29
50	Dominikanische Rep.	5,28
50	Peru	5,28
52	Kolumbien	5,25
53	Thailand	5,24
54	Honduras	5,13
55	Nicaragua	5,10
56	Armenien	5,08
57	Guatemala	5,01
58	Paraguay	4,95
59	Bahrain	4,86
60	Indonesien	4,84
61	Afghanistan	4,79
62	Marokko	4,77
63	Bangladesch	4,73
63	Malawi	4,73
65	Bosnien u. Herzegowina	4,69
65	Ukraine	4,69
67	Jordanien	4,68
67	Philippinen	4,68
69	Kenia	4,53
70	China	4,48
70	Tadschikistan	4,48
72	Ruanda	4,44
73	Burkina Faso	4,42
73	Tunesien	4,42
75	Vietnam	4,35
76	Pakistan	4,33
77	Libanon	4,20
77	Ver. Arabische Emirate	4,20
79	Papua-Neuguinea	4,18
80	Kirgisistan	4,17

81	Nepal	4,15
82	Kasachstan	4,13
83	Äthiopien	4,12
84	Zentralafrikan. Rep.	3,90
85	Ägypten	3,88
86	Jemen	3,87
87	Guinea	3,84
87	Russische Föderation	3,84
89	Ecuador	3,68
90	Saudi-Arabien	3,65
91	Algerien	3,63
92	Liberia	3,62
93	Angola	3,57
94	Kambodscha	3,53
95	Aserbaidschan	3,50
95	Moldova	3,50
97	Laos	3,47
98	Sudan	3,43
99	Kamerun	3,26
100	Tschad	3,24
101	Iran	3,17
102	Libyen	3,14
103	Venezuela	3,03
104	Syrien	2,85
105	Haiti	2,84
106	Burundi	2,77
107	Belarus	2,74
108	Kuba	2,62
109	DR Kongo	2,47
110	Togo	2,28
111	Eritrea	2,18
112	Usbekistan	2,17
113	Myanmar	2,04
114	Simbabwe	2,00
115	Nordkorea	1,98
116	Cote d'Ivoire	1,83
116	Türkmenistan	1,83
118	Somalia	1,55



■ = Staaten der ehemaligen Sowjetunion (außer Russische Föderation), ■ = Staaten Mittel- und Osteuropas, ■ = Russische Föderation

Quelle: www.bertelsmann-transformation-index.de

Dort findet sich das Ranking der 119 Länder, die Broschüre mit detaillierter Beschreibung des BTI 2006 mit allen Fragen der Indizes und mit der Erläuterung der Vorgehensweise sowie ein ausführlicher Länderbericht Russland (wie auch für die anderen GUS-Staaten).

Chronik

Vom 3. bis zum 10. November 2005

3.11.2005	Otto Lazis, einer der führenden russischen Journalisten, stirbt an den Folgen eines Autounfalls. Lazis war während der „Perestrojka“ Chefredakteur der Theoriezeitschrift der KPdSU „Kommunist“, später Mitglied von Jelzins Präsidentenrat.
4.11.2005	Russland feiert erstmals den „Tag der nationalen Einheit“, der an die Stelle des 7. Novembers, des Tags der Oktoberrevolution tritt. In Moskau demonstrieren etwa 2.000 Anhänger rechtsradikaler Organisationen. unter Losungen wie „Russland den Russen“.
4.11.2005	Ministerpräsident Fradkow und sein chinesischer Amtskollege Wen Jiabao unterzeichnen in Peking eine Vereinbarung, nach der der russische Öllexport im Jahre 2006 von 8 Mio. t auf 15 Mio. t gesteigert werden soll.
4.11.2005	Ruslan Nachuschew, Direktor des Instituts für Islamische Studien in Naltschik, verschwindet kurz nachdem er das Gebäude des Inlandsgeheimdienstes FSB in seiner Heimatstadt verlassen hat. Nachuschew war im Zusammenhang mit den Angriffen von Guerillakämpfern auf Sicherheitskräfte in Naltschik vom FSB befragt worden.
6.11.2005	In Petersburg demonstrieren 300 Personen in einem „Marsch gegen den Hass“ gegen Rassismus.
6.11.2005	Unter Führung des Vorsitzenden der KPRF, Gennadij Sjuganow, demonstrieren am Vorabend des 88. Jahrestages der Oktoberrevolution 2.000 Personen auf dem Roten Platz in Moskau.
7.11.2005	Anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution ziehen in Moskau über 10.000 Demonstranten mit roten Fahnen und Porträts von Lenin und Stalin zum Marxdenkmal vor dem Bolschoj Theater.
7.11.2005	Putin lässt sich den erfolgreichen Film „Die 9. Kompanie“, der das Schicksal einer Fallschirmjägereinheit im Afghanistankriegs schildert, vorführen und begrüßt Regisseur und Schauspieler.
7.11.2005	Dmitrij Kosak, der Präsidentialbeauftragte für den Südlichen Föderalbezirk, besucht Israel, um sich über Methoden zur Bekämpfung von Terrorismus zu informieren.
8.11.2005	Das russische Außenministerium kritisiert die Bewertung der Wahlen in Aserbajdschan am 6.11.2005 durch die OSZE-Beobachtermission. Die OSZE-Vertreter hatten erklärt, dass die Wahlen nicht demokratischen Standards entsprochen hätten.
8.11.2005	Die Bank of New York erklärt sich bereit, eine Strafe in Höhe von 38 Mio. US\$ zu zahlen, um das Verfahren, dass gegen sie wegen der Wäsche russischer Schwarzgelder geführt wird, abzuschließen.
8.11.2005	Dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten von Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, Sohn des ermordeten tschetschenischen Präsidenten Achmad Kadyrow, wird nach vier Töchtern ein Sohn geboren. Aus diesem Anlass erhalten die Werktätigen der Region einen freien Tag.
8.11.2005	Das U.S. State Department kritisiert in seinem jährlichen Bericht an den Congress über religiöse Freiheit, die Einschränkung der Rechte religiöser Minderheiten in Russland.
9.11.2005	In Starje Atagi, einem Dorf südlich von Grosny, schlagen nachts Mörsergranaten ein. Sechs Häuser werden beschädigt, fünf Personen verletzt, darunter zwei schwer. Es handelt es sich um fehlgeleitetes Feuer föderaler Truppen. Die Militärstaatsanwaltschaft leitet ein Verfahren ein.
10.11.2005	Das estnische Außenministerium teilt mit, dass Russland dem estnischen Außenminister die Einreise zu einer Podiumsdiskussion in St. Petersburg verweigert.
10.11.2005	Das Regionalparlament der Republik Mordwinien wählt auf Vorschlag des Präsidenten Putin das amtierende Oberhaupt der Republik Nikolaj Merkuschkina für eine weitere Amtszeit.
10.11.2005	Außenminister Sergej Lawrow nimmt in Norwegen an der Sitzung des Euro-Arktische und Barentssee-Rates teil und führt Gespräche mit seinem norwegischen Amtskollegen.
10.11.2005	Die Anwaltskammer St. Petersburg lehnt es ab, Jurij Schmidt, einem der Anwälte Chodorkowskij, die Zulassung zu entziehen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Abstracts der Artikel mit Russlandbezug in Osteuropa 10/2005

OSTEUROPA 10/2005: Schattenspiele. Informelle Politik im Osten Europas. 168 Seiten, 8 Karten. 15.- Euro. (Astrid Lorenz, Manfred Sapper, Siliva v. Steinsdorff, Volker Weichsel (Hg.): Schattenspiele. Informelle Politik im Osten Europas. Berlin (BWV) 2005. [=OSTEUROPA 10/2005]. ISBN 3-8305-1044-6)

Rafael Mrowczynski

Gordische Knoten

Verwaltungshierarchien und Netzwerke in der UdSSR

Phänomene postsozialistischer Informalität wie Schattenwirtschaft, Klientelismus oder Korruption sind das Ergebnis spezifischer Strukturen und Funktionsweisen der sozialistischen Vergesellschaftung. Die Analyse der Sowjetunion zeigt, daß die sozialistische Gesellschaft nach dem Muster dezentralisierender Zentralisierung von ökonomischen und sozialen Aktivitäten funktionierte. Es bildete sich heraus, als inoffizielle Beziehungsnetzwerke innerhalb komplexer Verwaltungshierarchien des parteistaatlichen Apparates entstanden. Die zunehmende Verselbständigung dieser Interaktionsstrukturen gegenüber dem Zentrum war ein ausschlaggebender Faktor für den Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems.

Vadim Volkov

Jenseits der Gerichte

Warum die Gesetze nicht so funktionieren, wie sie sollen

Der Zusammenbruch der UdSSR ließ in Rußland ein Rechtsvakuum entstehen. Gewaltunternehmer konkurrierten mit dem Staat um den Schutz des neu entstandenen Eigentums. Hoheitliche Aufgaben wie Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung wurden kommerzialisiert und durch Gewohnheitsrecht und Gewaltpotential ersetzt. Erst Ende der 1990er Jahre gewann das staatliche Gerichtswesen wieder an Bedeutung. Darin kommt jedoch weniger eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit zum Ausdruck als die Tatsache, daß das Gerichtssystem nun als Mittel einer neuerlichen Eigentumsumverteilung dient. Der Fall Jukos illustriert dies. Eine unabhängige und funktionsfähige Gerichtsbarkeit hat sich bis heute nicht entwickelt.

Vladimir Gel'man

Wahlen à la russe

Formale Normsetzung und informelle Methoden

In Rußland finden Wahlen statt. Ein Präsidentenerlaß und das Wahlgesetz von 1994 schufen die Grundlagen. Zahlreiche Normen regeln die Zulassung und Finanzierung der Kandidaten, den Wahlkampf und die Durchführung der Wahlen. Gleichzeitig haben sich informelle Methoden herausgebildet, welche die formalen Wahlregeln unterlaufen und wirkungsvolle Mechanismen darstellen, den Wahlausgang zu beeinflussen. Diese informellen Methoden können die Stabilität der politischen Herrschaft erhöhen, jedoch auch ihren Zusammenbruch fördern. Die Frage, ob Wahlen zu einem Machtwechsel in Rußland führen können, ist weiter offen.

Heiko Pleines

Informelle Einflußnahme und Demokratie

Wirtschaftsakteure in Rußland und der Ukraine

In Rußland und der Ukraine ist die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation von Wirtschaftsakteuren sehr schwach. Nur die Agrar- und die Kohlelobby, die bereits in der Sowjetunion relevante Ressourcen erworben hatten, konnten auch nach dem Umbruch Einfluß auf die Politik gewinnen. Illegale oder zumindest rechtlich fragwürdige Praktiken der Einflußnahme auf Politik spielen hingegen eine große Rolle. Dies hat Folgen für wirtschaftliche Reformstrategien, für die Machterlangung und den Machterhalt der politischen Elite sowie für die Legitimität des gesamten politischen Systems.

Barbara Lehmbbruch

Staat, Markt und Schwarzmarkt

Überlebensstrategien rußländischer Behörden

„Öffentliche“ und „private“ Sphären sind in Rußland erst ansatzweise getrennt. Dies gilt für den Staat wie für Privatunternehmer. Viele Regierungsbehörden sind über ihre eigentlichen Regulierungsaufgaben hinaus kommerziell tätig. Der Ursprung solcher Praktiken liegt häufig im Überlebensstreben der Institution. Dies zeigt die Untersuchung zweier Fallstudien aus dem Forstsektor. Die Folgen sind ambivalent. Hybride Verwaltungen erleichtern die Zweckentfremdung öffentlicher Ressourcen für private Zwecke. Damit korrumpieren sie Rußlands Marktwirtschaft, tragen jedoch in vielen Bereichen dazu bei, dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben überhaupt erst möglich zu machen.